

Stellungnahme **Entwurf eines Gesetzes** **über den Zugang zu Schuld-** **nerberatungsdiensten für** **Verbraucher (SchuBerDG)**

Berlin, 18. Juli 2025

Der Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V.

Stellungnahme
RefE SchuBerDG

Seite 2/4

Ansprechpartner:

Lorenz Becker
Leiter Politik und Kommunikation
030 2060736-50
bdiu@inkasso.de

Rund
450



Mitglieder vereint der
Bundesverband Deutscher
Inkasso-Unternehmen.

90 Prozent



Marktabdeckung
durch BDIU-Mitglieds-
unternehmen

33,4 Mio.



Forderungen werden von
BDIU-Mitgliedern jährlich
übergeben.

15 Tsd.



Menschen arbeiten in
Mitgliedsunternehmen
des BDIU.

5 Mrd. Euro



führen BDIU-Mitglieds-
unternehmen jährlich zurück
in den Wirtschaftskreislauf.

500 Tsd.



Auftraggeber wenden sich
jährlich an BDIU-Mitglieds-
unternehmen.

I. Anlass

des Gesetzgebungsverfahrens

Mit dem Gesetz über den Zugang zu Schuldnerberatungsdiensten für Verbraucher soll eine Verpflichtung aus der EU-Verbraucherkreditrichtlinie umgesetzt werden: Mitgliedstaaten werden verpflichtet sicherzustellen, dass Verbrauchern, die Schwierigkeiten bei der Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen haben oder haben könnten, unabhängige Schuldnerberatungsdienste zur Verfügung gestellt werden, für die nur begrenzte Entgelte zu entrichten sind.

Gern ergreift der BDIU die Gelegenheit zur Stellungnahme zu einem einzelnen Aspekt des Gesetzentwurfs.

Stellungnahme
RefE SchuBerDG

Seite 3 / 4

Ansprechpartner:
Lorenz Becker
Leiter Politik und Kommunikation
030 2060736-50
bdiu@inkasso.de

2. Betroffenheit

der Inkassobranche

Schuldnerberatungsdienste agieren häufig wie auch Rechtsdienstleister vermittelnd zwischen Gläubigern und Schuldern. Werden Schuldnerberatungsdienste von Schuldnern mandatiert, so treten die jeweiligen Schuldnerberatungen mit den vom Gläubiger mandatierten Rechtsdienstleistern in den Dialog.

Inkassounternehmen als Rechtsdienstleister haben ein Interesse an einer zugänglichen, qualifizierten Beratung der Schuldner durch Schuldnerberatungsdienste. Dabei verfolgen Rechtsdienstleister das legitime Ziel, die größtmögliche Befriedigung der sie beauftragenden Gläubiger zu erreichen.

3. Zum Gesetzentwurf

im Allgemeinen

Der BDIU begrüßt die Zielsetzung des Gesetzentwurfs, Verbrauchern, die Schwierigkeiten bei der Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen haben oder haben könnten, unabhängige Schuldnerberatungsdienste zur Verfügung zu stellen.

4. Kritik am Gesetzentwurf

Stellungnahme
RefE SchuBerDG

Seite 4 / 4

Entgelte für Schuldnerberatungsdienste

Der BDIU hat Bedenken dagegen, dass die Länder ermächtigt werden sollen, Entgelte für die Leistungen von Schuldnerberatungsdienste vorzusehen. Für Verbraucher sollte der Schuldnerberatungsdienst stets kostenlos sein. Deshalb sollten in § 3 SchuBerDG-E weder Entgelte noch Entgeltgrenzen für Schuldnerberatungsdienste vorgesehen werden.

Menschen, die Schuldnerberatungsstellen aufsuchen, sollten nicht durch Entgelte belastet werden – vielmehr sollte das verfügbare Geld verwendet werden, um Gläubiger zu befriedigen.

Da der vorliegende Gesetzentwurf vorsieht, dass Entgelte in eigener Verantwortung der Länder berechnet werden können, ist zu befürchten, dass einige Länder von dieser Regelung Gebrauch machen und andere nicht. Dies würde zu regionalen Ungleichheiten führen.

Schließlich kritisieren wir den unbestimmten Rechtsbegriff, der mit Bezug auf die Höhe des Entgelts verwendet wird: Wann eine „unangemessene Belastung für die Verbraucher“ eintritt, würde einer Auslegung bedürfen, die besser von vornherein vermieden werden sollte.

Ansprechpartner:

Lorenz Becker

Leiter Politik und Kommunikation

030 2060736-50

bdiu@inkasso.de

5. Fazit

Der BDIU begrüßt die Zielsetzung des Gesetzentwurfs, Verbrauchern Zugang zu unabhängigen Schuldnerberatungsdiensten zu gewährleisten. Es sollte dabei aber bundeseinheitlich festgelegt werden, dass Schuldnerberatungsdienste für Verbraucher kostenfrei tätig sind.